

Aus Bund und Ländern

Wissenschaftsrat: Neue Wege in der Mediziner Ausbildung

BONN. Eine grundlegende Reform des Medizinstudiums hat der Wissenschaftsrat Anfang Juli gefordert und entsprechende Leitlinien vorgelegt. Die formalen Grundstrukturen der Ausbildung seien im 19. Jahrhundert geschaffen und bis heute nicht grundlegend verändert worden, kritisierte der Rat. Er schlägt für die Zukunft folgendes vor:

- Bestimmend für den Studienaufbau soll nicht mehr das Fächerprinzip sein, sondern die Orientierung an übergeordneten Strukturprinzipien, beispielsweise Organen, bestimmten Problemen etc. Folglich spricht sich der Wissenschaftsrat auch dafür aus, auf eine Vermittlung der Naturwissenschaften in eigenständigen Unterrichtsveranstaltungen zu verzichten.

- Die Aufhebung der Trennung von Vorklinik und Klinik soll einen frühen Patientenkontakt ermöglichen: „Krankheit und Krankheitsentstehung können in einem integrativ angelegten Unterricht angemessener thematisiert und verstanden werden.“

- Analog zu anderen Fächern soll auch das Medizinstudium im Sinne einer Konzentration der Lehrinhalte in ein Kernstudium, das etwa drei Viertel des Stoffes verbindlich festschreibt, und ergänzende Wahlpflichtfächer gegliedert werden.

Aus den erarbeiteten Leitlinien ergeben sich Konsequenzen für die Organisation der Ausbildung. So wird eine Konzentration des Studiums auf fünf Jahre vorgeschlagen, an deren Ende der berufsqualifizierende Abschluß als Mediziner stehen soll. Er würde zum Eintritt in eine einjährige Praxisphase berechtigen, mit der die Ausbildung zum Arzt abgeschlossen wäre.

Weiter heißt es: „Außerdem berechtigt der Abschluß nach fünf Jahren zur Promotion. Die Qualifikationsphase – nach der die Approbation als Arzt erteilt wird – sollte bei der folgenden mehrjährigen Weiterbildung zum Facharzt angerechnet werden.“ EB

Eine Lanze für ambulantes Operieren

MÜNCHEN. Eine „eigenständige belegärztliche Budgetierung“ hat der Bundesverband Deutscher Belegärzte e.V. (BDB) anlässlich seiner jüngsten Mitgliederversammlung gefordert. Im Zuge einer anstehenden Novellierung der Bundespflegesatzverordnung sollten bessere Rahmenbedingungen für die belegärztliche Tätigkeit und das ambulante Operieren in der Kassenarztpraxis geschaf-

fen werden, so die Forderung des (wiedergewählten) BDB-Bundesvorsitzenden Dr. med. Klaus Michael Hahn, Chirurg aus München. Sollte es allerdings zu einer totalen Vergütungsnivellierung und einem „gedeckelten Vergütungsgesamttopf“ kommen, befürchtet Hahn einen weiteren Rückgang der belegärztlichen Tätigkeit. Damit würde die wichtigste strukturpolitische Maßnahme zur Kosteneinsparung im Krankenhaus konterkariert. Ambulantes Operieren finde nur dort statt, wo die Krankenhausbetten belegt sind, und damit werde letztlich kein einziges Bett abgebaut.

Der Belegarzt-Bundesverband setzt sich für einen gesonderten „Honorartopf“ zugunsten einer besseren „Verzahnung ambulante/stationäre Tätigkeit“ ein. Der Vergütungsfonds soll durch jene Gelder gespeist werden, die durch einen nachweislich erreichten Bettenabbau eingespart werden. Allerdings müßten gleichzeitig Honoraranhebungen zugunsten einer verbesserten Vergütung des ambulanten Operierens vorgenommen werden. EB

Paracelsus erweitert Stammhaus

OSNABRÜCK. Mit einem Investitionsvolumen von 27,9 Millionen DM hat die (private) Paracelsus-Klinik in Osnabrück (Am Natruper Holz) den vierten Bauabschnitt der 1970 gegründeten Praxisklinik in Angriff genommen. Von dem veranschlagten Investitionsvolumen übernimmt das Land Niedersachsen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz knapp 20 Millionen DM.

Mittlerweile verfügt das vom Osnabrücker Radiologen Dr. med. Hartmut Kruke-meyer geführte Klinik-Imperium weltweit über 68 Krankenhäuser, Praxiskliniken und Rehabilitations-Einrichtungen, davon 37 in Deutschland. HC

Deutsche Krebshilfe: Spendenbereitschaft ist 1991 angestiegen

BONN. Das Jahr 1991 war für die Deutsche Krebshilfe besonders erfolgreich; die Spenden sind erneut stark angestiegen, sagte ihr Vorstandsvorsitzender Dr. Helmut Geiger auf einer Pressekonferenz in Bonn. 65,9 Millionen DM nahm die Organisation ein. Den größten Vertrauensbeweis stelle die zunehmende Anzahl von Erbschaften dar. Durch 320 Erbschaften und Vermächtnisse seien der Deutschen Krebshilfe im vergangenen Jahr 24,7 Millionen DM zugeflossen. 61,3 Millionen DM wurden ausgegeben.

Die Deutsche Krebshilfe hat im vergangenen Jahr 98 neue Projekte bewilligt, darunter 40 Forschungsvorhaben. Als größtes jemals von der Deutschen Krebshilfe gefördertes Einzelprojekt stellte Geiger die Unterstützung der Organisation beim Aufbau einer Knochenmarkspenderdatei heraus. 14 Millionen DM wurden zur Verfügung gestellt. Bisher hätten sich bereits rund 75 000 Menschen in die Kartei eintragen lassen. Besonders erfreut zeigte sich Geiger darüber, daß auch die Bundesregierung von der Notwendigkeit einer Knochenmark-Fremdspenderdatei überzeugt sei. Bis 1993 sollen für den weiteren Ausbau 25 Millionen DM aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Bis Ende nächsten Jahres soll die Datei 150 000 potentielle Spender enthalten.

Ein Schwerpunkt der Deutschen Krebshilfe, so Geiger, sei die Verbesserung der medizinischen Versorgung in den neuen Bundesländern. Alle Kinderkrebszentren in Ostdeutschland wurden mit Computersonographie-Geräten im Wert von 3,3 Millionen DM ausgestattet. Die Deutsche Krebshilfe hat außerdem unter anderem Tumorzentren in den neuen Ländern unterstützt. Kli

Spendenbitte

Die Deutsche Ärztesgemeinschaft für medizinische Zusammenarbeit ruft Apotheken und Ärzte dazu auf, nicht abgelaufene Arzneimittel zur Verfügung zu stellen. Auch Geldspenden sind willkommen. Die als gemeinnützig anerkannte Organisation leistet nach eigenen Angaben unter anderem humanitäre und medizinische Soforthilfe in den osteuropäischen Staaten und in Entwicklungsländern. Informationen: Deutsche Ärztesgemeinschaft für medizinische Zusammenarbeit e.V., Magazinstraße 6-7, O-1020 Berlin. Bankverbindung: Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, Konto 140 24 24 7. EB

Die Redaktion des Deutschen Ärzteblattes kann keine Verantwortung für die Angaben übernehmen, da sie auf Informationen der genannten Organisationen beruhen.